## S 11 KR 613/21

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 11.
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 KR 613/21 Datum 17.01.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 11 KR 470/22 Datum 19.09.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 17.01.2022 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

## **Tatbestand**

Die KlĤgerin begehrt mit ihrer Klage verschiedene gerichtliche Feststellungen.

Die 1955 geborene KlĤgerin ist seit dem 01.01.2005 als Bezieherin von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) bei der Beklagten gesetzlich krankenversichert. Sie ist ausgebildete Zahnarzthelferin und war in diesem Beruf bis zum 31.05.1979 tĤtig. In der Zeit vom 01.09.1979 bis 30.04.1995 war die KlĤgerin, unterbrochen von einer Zeit der Arbeitslosigkeit von Januar 1982 bis zum 13.10.1985, mit BļrotĤtigkeiten beschĤftigt. Seitdem ist sie dauerhaft arbeitslos. Die KlĤgerin fļhrte bereits zahlreiche gerichtliche Verfahren gegen verschiedene VersicherungstrĤger wegen verschiedener von ihr vorgetragener Erkrankungen und Beschwerden, welche sie auf einen Quecksilberunfall wĤhrend

ihrer Tätigkeit in einer Zahnarztpraxis zurückführt (wobei die Anerkennung einer Berufskrankheit nach Nr. 1102 [Erkrankungen durch Quecksilber oder seine Verbindungen] mangels Nachweises eines solchen Unfalls nicht erfolgte, vgl. Urteil des Landessozialgerichts [LSG] Baden-Württemberg vom 19.06.2008, Aktenzeichen LÂ 6 U 1540/06).

Mit Schreiben vom 13.06.2019 und 22.06.2019 wandte sich die KlĤgerin an die Beklagte und bat um Nachweise, dass im Leistungskatalog der Krankenkasse vor 1992 Abrechnungspositionen zur Abrechnung von Positionen für Untersuchungen und Therapien von Schwermetallbelastungen vorhanden gewesen und dass diese nach 1992 aus dem Leistungskatalog der Krankenkasse herausgenommen worden seien.

Die Beklagte teilte der Kl $\tilde{A}$ ¤gerin daraufhin mit Schreiben vom 18.06.2019 mit, dass sie keine Nachweise  $\tilde{A}$ ½ber Abrechnungspositionen vor dem Jahr 1992 bez $\tilde{A}$ ½glich der Untersuchungen von Belastungen auf Schwermetallen habe. Sie k $\tilde{A}$ ¶nne sich hierf $\tilde{A}$ ½r ggfs. an die Kassen $\tilde{A}$ ¤rztliche Vereinigung wenden.

Am 25.02.2021 hat die Klägerin Klage beim Sozialgericht Heilbronn (SG) erhoben und wortwörtlich beantragt, festzustellen:

â∏Dass bei der Beklagten, B1, eine 125 Jahre alte Krankenkasse, hauptsächlich für die Metallbranche zuständig ist.

Das daher die Beklagte, B1, Wissen über Klärungen von Unfällen mit Metallen hat.

Dass die Beklagte, B1. über Wissen + Kenntnisse verfügt ab der Einführung der Gefahren-Stoff-Verordnung zu Arbeitsmaterialien von Schwermetallen und anderen Belastungsstoffen/ Kontaktstoffe der Industrie und in medizinischen Heilberufen, schon vor meiner Tätigkeit.

Dass die Beklagte, B1, die Zuständigkeit zur Handlung/ Umgang zur Gefahren-Stoff-Verordnung hatte und Wissen, welche Arbeitsmaterialien von Schwermetallen und anderen Belastungsstoffen in der Industrie und in medizinischen Heilberufen als Vergleichsproben zu den Material Rezepturen zu dieser Verordnung es gibt. Dass die Beklagte, B1, die Zuständigkeit und des Vorliegen von Erfahrung und Wissen zur Abklärung hat:

Erstens: zu einer beruflichen Erkrankung und

Zweitens: ob es sich um eine Erkrankung handelt f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r welche die Krankenkasse zust $\tilde{A}$  und Drittens: dazu auch seit  $\tilde{A}^{1}_{4}$ ber 125 Jahren  $\tilde{A}^{1}_{4}$ ber das Fachwissen des Medizinischen Dienstes verf $\tilde{A}^{1}_{4}$ gt.

Dass die Beklagte, B1, Fachwissen zur KlĤrung von Berufskrankheiten über Vorhandensein von Vergleichsproben verfügt. Dass die Vergleichsproben der Rezepturen der Arbeitsmaterialien + Kontaktstoffe + anderen Belastungsstoffen der Gefahren-Stoff-Verordnung unterlagen. Denn durch die Einführung der Gefahren-Stoff-Verordnung sollten Berufskrankheiten erkannt und behandelt werden. Dass auch der Medizinische Dienst der Krankenkassen der Beklagten, B1, Fachwissen zur Klärung von Berufskrankheiten und über Vorhandensein von Vergleichsproben verfügt. Dass die Vergleichsproben der Rezepturen der Arbeitsmaterialien + Kontaktstoffe + anderen Belastungsstoffen der Gefahren-Stoff-

Verordnung unterlagen. Denn durch die Einführung der Gefahren-Stoff-Verordnung sollten Berufskrankheiten erkannt und behandelt werden.â□□

Zur Begründung hat sie ausgeführt, es bestehe ein berechtigtes Interesse auf baldige Feststellung, da die Klage dazu dienen solle, eine Klage vor einem ordentlichen Gericht zu erheben. Als Mitglied der Beklagten habe sie einen Rechtsanspruch auf eine klare und konkrete Auskunft, ob die benĶtigten Leistungen im Katalog der Krankenkasse enthalten seien. Hintergrund sei ein Schreiben des Jobcenters H1, in welchem dieses ausfA¼hre, dass die von ihr benĶtigten Untersuchungen im Beitrag der Krankenkasse enthalten seien. Die Berufskrankheit der KlĤgerin sei nicht rechtzeitig geklĤrt worden und es lĤgen daher unklare VerhĤltnisse zur ZustĤndigkeit ihrer medizinischen Versorgung vor. Die KlĤgerin hat zudem beantragt, ein gerichtliches Beweissicherungsverfahren zu führen. Ihr sei aus einem Gespräch mit dem Ministerium und der KassenĤrztlichen Vereinigung bekannt, dass ohne Anerkennung der Berufskrankheit seit 1992 für Folgeschäden, Auswirkungen und Nachschäuden durch die Quecksilberbelastung an ihrem Arbeitsplatz die Krankenkasse für die medizinischen Untersuchungen und Therapien nicht mehr zuständig sei. Weiter hat sie beantragt, ihr zwei getrennte Ausdrucke von 1992 der gesetzlichen Unfallversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung schriftlich zur VerfA¼gung zu stellen.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten. Die Klage sei unzulĤssig, da weder erkennbar sei, dass der Gegenstand der begehrten Feststellung unter § 55 Sozialgerichtsgesetz (SGG) falle, noch, dass ein berechtigtes Feststellungsinteresse bestehe. Soweit die KlĤgerin mit ihrer Klage Untersuchungen oder Behandlungen begehre, sei die Feststellungsklage gegenüber der Gestaltungs- und Leistungsklage subsidiär.

Das SG hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 17.01.2022 abgewiesen. Die erhobene Feststellungsklage sei unzulĤssig. Soweit die KlĤgerin die Feststellung durch das Gericht begehre, dass die Beklagte fA1/4r Fragen zu der Gefahrenstoffverordnung und für Fragen der beruflichen Erkrankung der Klägerin zuständig sei, sei die Klage mangels eines zuvor durchgeführten Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren unzulÄxssig. Soweit die KlÄxgerin die gerichtliche Feststellung begehre, dass die Beklagte über Wissen und Kenntnisse zu der Gefahrenstoffverordnung verfýge, sei die Klage aufgrund eines fehlenden konkreten feststellbaren Rechtsverhältnisses unzulässig. Es fehle auÃ∏erdem an einem erforderlichen Feststellungsinteresse der Klägerin. GemäÃ∏ § 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG könne die Feststellung, welcher VersicherungstrĤger der Sozialversicherung zustĤndig sei, begehrt werden. Die Feststellungklage erfordere grundsÄxtzlich eine vorherige Verwaltungsentscheidung und die gegen sie gerichtete Anfechtungsklage. Regelfall sei also eine kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage, nur in dieser Kombination sei die Feststellungsklage im Regelfall zulÄxssig. Die KlÄxgerin habe vor Erhebung der Klage weder ein Verwaltungs- noch ein Widerspruchsverfahren durchgeführt, die Beklagte sei nicht zuvor mit den Fragen zu ihrer ZustĤndigkeit bzgl. der Gefahrenstoffverordnung durch die Klägerin befasst worden. Eine Entscheidung der Beklagten hierzu, insbesondere in

Form eines feststellenden Verwaltungsaktes, gebe es nicht. Eine Ausnahme von dem Erfordernis eines durchgeführten Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren liege nicht vor. So sei eine Feststellungsklage dann ausnahmsweise zulĤssig, wenn es der Klägerin nicht zuzumuten wägre, die Entscheidung der Behä¶rde zunägchst abzuwarten. FÃ1/4r eine Unzumutbarkeit einer Vorbefassung der Beklagten seien vorliegend jedoch keine Gründe ersichtlich. GemäÃ∏ § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG könne mit der Klage die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhĤltnisses begehrt werden. Unter einem RechtsverhĤltnis verstehe man die Rechtsbeziehung zwischen Personen oder zwischen Personen und Gegenständen, die sich aus einem Sachverhalt aufgrund einer Norm für das VerhÃxItnis mehrerer Personen untereinander oder einer Person zu einer Sache ergebe. Eine Feststellungsklage sei nur zulÄxssig, wenn ein konkretes RechtsverhÄxltnis in Streit stehe, also konkrete Rechte in Anspruch genommen oder bestritten würden, wenn also die Anwendung einer Norm auf einen konkreten, bereits übersehbaren Sachverhalt streitig sei. Zur Klärung abstrakter Rechtsfragen dürften Gerichte nicht angerufen werden. Die Klägerin begehre die Feststellung reiner Rechtsfragen ohne einen erkennbaren nahen unmittelbaren Zusammenhang zwischen ihr und der Beklagten. Die von der KlĤgerin begehrte Feststellung ziele nicht auf die Feststellung von Rechten und Pflichten aus einem konkret erkennbaren RechtsverhÄxltnis ab; sie benenne keinen ausreichend konkreten Sachverhalt, der Anlass geben kA¶nnte, die von ihr aufgeworfene Fragen im Wege der Feststellungsklage zu klĤren. Ohne Darlegung eines solchen konkreten Sachverhaltes begehre die KlĤgerin aber nicht die Feststellung von Rechten und Pflichten aus einem RechtsverhÄxltnis, vielmehr laufe ihr Begehren auf die gewünschte Beantwortung einer abstrakten Rechtsfrage hinaus. Demzufolge wolle sie hier lediglich abstrakt Fragen zum Umfang des Leistungskataloges der Beklagten geklĤrt wissen. Ein solches Begehren kĶnne nicht mit der Feststellungsklage verfolgt werden. Auch kA¶nne das Gericht kein Feststellungsinteresse erkennen. Sofern die KlĤgerin die Feststellung begehre, dass die Beklagte schon vor ihrer beruflichen TÄxtigkeit ļber Wissen und Kenntnisse bezogen auf die Gefahrenstoffverordnung und zu Arbeitsmaterialien mit Schwermetallen verfügt habe, dürfte es sich ohnehin um ein vergangenes und beendetes RechtsverhĤltnis handeln, insbesondere, da die KlĤgerin erst seit dem Jahr 2005 bei der Beklagten krankenversichert sei. Ein gualifiziertes Feststellungsinteresse könne das Gericht hierfür nicht erkennen. Sofern die KlĤgerin die Feststellung begehre, dass die Beklagte nun zu Fragen der Gefahrenstoffverordnung zustĤndig sei, weil sie diesbezļglich einen Anspruch auf diese Leistungen in Zukunft geltend machen wolle, fehle ihr für die Feststellung dieses etwaigen künftigen Rechtsverhältnisses und der daher dann vorbeugenden Feststellungsklage ebenfalls ein besonderes Feststellungsinteresse. Der KlÄxgerin sei ein Abwarten einer Entscheidung der Beklagten zu einer konkret von ihr beantragten Leistung zumutbar. Die AntrAxge der KlAxgerin hinsichtlich eines Beweissicherungsverfahrens seien, sofern sie ý berhaupt die inhaltliche QualitÃxt eines Antrages auf ein Beweissicherungsverfahren erreichten, jedenfalls unzulÃxssig. Nach § 76 Abs. 1 SGG könne auf Gesuch eines Beteiligten die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung von Zeugen und SachverstĤndigen zur Sicherung des Beweises angeordnet werden, wenn zu besorgen sei, dass das Beweismittel verlorengehe oder seine Benutzung erschwert

werde, oder wenn der gegenwĤrtige Zustand einer Person oder einer Sache festgestellt werden soll und der Antragsteller ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung habe. GemĤÄ∏ <u>ŧ 76 Abs. 3 SGG</u> gĶlten fýr das Verfahren die <u>ŧŧ 487, 490</u> bis <u>494</u> der Zivilprozessordnung (ZPO) entsprechend. Den Ausführungen der KlĤgerin sei weder zu entnehmen, für welches Beweismittel sie ein Beweissicherungsverfahren beantrage, noch in wie weit zu besorgen sei, dass dieses Beweismittel verlorengehe oder seine Benutzung erschwert würde. Das Begehren der Klägerin erfülle nicht die Voraussetzungen des <u>ŧ 76 SGG</u>, der Antrag auf ein Beweissicherungsverfahren sei daher abzulehnen. Soweit die Klägerin für sich â∏Amtshilfeâ∏ des Sozialgerichts hinsichtlich der Ā∏bermittlung von Gesetzesauszügen fordere, sei dieser Antrag unzulässig. Amtshilfe könne nur direkt zwischen Behörden oder Gerichten erfolgen, vgl. <u>§ 5 SGG</u> bzw. § 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X). Die Klägerin sei jedoch Naturpartei und keine Behörde im Gesetzesinne.

Hiergegen (sowie gegen die weiteren Entscheidungen des SG in den Verfahren <u>S 11</u> KR 414/21, S 11 KR 415/21, S 11 KR 416/21, S 11 KR 587/21, S 11 KR 588/21, S 11 KR 589/21, S 11 KR 590/21, S 11 KR 591/21, S 11 KR 592/21, S 11 KR 593/21, S 11 KR 594/21, SÂ 11 KR 595/21, SÂ 11 KR 596/21, S 11 KR 597/21, S 11 KR 628/21 und S 11 KR 629/21) hat die KlĤgerin am 19.02.2022 Berufung beim LSG Baden-Württemberg eingelegt und zur Begründung (sÃxmtlicher soeben angeführter Berufungen) ausgeführt, es handele sich â□□nur um eine gesamte Klage, die in kleine Teilbereiche gestellt wurdeâ∏. Sie habe keine Anerkennung ihrer Berufskrankheit. Daher benĶtige sie einzelne Bescheinigungen der Krankenkasse, dass die genannten Leistungen im Katalog der Beklagten enthalten seien. Auch für Arztgespräche ohne Abrechnungsnummern dürften Ã∏rzte privates Honorar fordern. Sie müsse bei den Sozialträgern den Nachweis erbringen, dass die Krankenkasse die FolgeschĤden der Intoxikation nicht erbringe. Sie erhalte nicht die benĶtigten Behandlungen für Folgeschäden. Diese seien nach Auskunft ihres betreuenden Arztes nicht über sein Budget abrechenbar. Das SG habe keine Ermittlungen bei der Beklagten durchgefA¼hrt. Es bestehe ein Feststellungsinteresse. Sie habe bereits Verwaltungsverfahren durchgeführt, insbesondere auf Zahnersatz. Zudem habe sie 2019 und 2022 AntrĤge gestellt. Auch habe die Beklagte keine Verwaltungsbescheide ausgestellt, so dass sie keine Anfechtungsklage habe erheben kA¶nnen. Sie begehre die gerichtliche Feststellung, um ýber den Zivilprozess ihre Behandlung zu sichern. Es bestehe auch ein konkretes RechtsverhÄxltnis mit der Beklagten, da ihr kein Arzt fļr die FolgeschĤden zur Verfļgung stehe. Es gehe somit nicht um abstrakte Rechtsfragen. Auch bestehe ein Beweissicherungsinteresse.

Die KlĤgerin beantragt (wortwĶrtlich),

â□□1. alle Gerichtsbescheide des SG HN zur B1, Beklagte, welche als Anlage auf Seite 2 genannt werden aufzuheben,

- 2. an das Sozialgericht zurļckzuweisen,
- 3. das Feststellungs-Interesse anzuweisen,
- 4. dass das Sozialgericht HN Amtshilfe erbringt,
- 5. damit die endgÄ1/4ltige Feststellung des zustÄxndigen TrÄxgers festgestellt wird

und

6. wer in Zukunft die medizinische Versorgung der FolgeschĤden der Intoxikation mit Auswirkungen und NachschĤden ohne vorhandene Anerkennung der Berufskrankheit trĤgt bzw. zustĤndig ist, endgÃ⅓ltig zu klären.â□□

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>ckzuweisen.

Zur Begründung hat sie auf die angefochtene Entscheidung verwiesen.

Die frühere Berichterstatterin des Senats hat in dem Verfahren (sowie in den Parallelverfahren L 11 KR 456/22 bis 469/22 und L 11 KR 471/22 bis 472/22) am 25.04.2022 einen Erörterungstermin durchgeführt, in welchem die Klägerin zahlreiche Unterlagen vorgelegt hat. Bezüglich der Einzelheiten wird auf das Protokoll auf Bl. 92 ff. der Senatsakte verwiesen. Zudem hat die Klägerin in ihren Schreiben vom 08.07.2022, 05.09.2022, 07.09.2023, 09.09.2023, 10.09.2023, 11.09.2023, 12.09.2023, 14.09.2023, 15.09.2023 und 16.09.2023 weitere Ausführungen zum Sachverhalt gemacht.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten des Rechtsstreits wird auf die Gerichtsakten beider Instanzen sowie die Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen.

## EntscheidungsgrÃ1/4nde

Die Berufung der KlĤgerin bleibt ohne Erfolg.

- I. Die gem $\tilde{A} = \tilde{A} = \tilde{A}$
- II. StreitgegenstĤndlich ist im Berufungsverfahren allein der von der KlĤgerin in dieser Instanz gestellte â\begin{align\*} zuletzt in der mýndlichen Verhandlung wiederholte â\begin{align\*} Antrag, welchen die KlĤgerin wortgleich fýr alle siebzehn parallelen Verfahren formuliert hat und mit dem sie â\begin{align\*} nach sachgerechter Auslegung ihres Begehrens â\begin\* eine Aufhebung der Gerichtsbescheide des Sozialgerichts Heilbronn, die Zurýckverweisung der Verfahren an das Sozialgericht Heilbronn, die â\begin{align\*} Anweisungâ\begin\* des Feststellungsinteresses sowie die Verpflichtung des Sozialgerichts Heilbronn zur Erbringung von Amtshilfe zur endgültigen Feststellung des zuständigen Trägers der zukünftigen medizinischen Versorgung von Folgeschäden durch Intoxikation bei fehlender Anerkennung einer Berufskrankheit begehrt.
- III. Die Berufung der Klägerin ist unbegründet. Das SG hat die Klage zu Recht als unzulässig abgewiesen. Deshalb kommt auch eine Zurückverweisung des Verfahrens an das SG nicht in Betracht.

Nach <u>§ 159 Abs. 1 SGG</u> kann das LSG die angefochtene Entscheidung durch Urteil aufheben und die Sache an die erste Instanz zur<u>Ä</u>½ckverweisen, wenn dieses die

Klage abgewiesen hat, ohne in der Sache selbst zu entscheiden (Nr. 1) oder das Verfahren an einem wesentlichen Mangel leidet und auf Grund dieses Mangels eine umfangreiche und aufwändige Beweisaufnahme notwendig ist (Nr. 2). Die Tatbestandsvoraussetzungen für eine fakultative Zurückweisung im Sinne der Nr. 1 sind erfüllt, wenn das Sozialgericht zu Unrecht nicht in der Sache entschieden hat, also dann, wenn es ein Prozessurteil gefällt, d.h. die Klage als unzulässig abgewiesen hat. Ein Verfahrensmangel im Sinne der Nr. 2 liegt vor, wenn das Sozialgericht gegen eine das Gerichtsverfahren regelnde Vorschrift verstoÃ∏en hat.

Diese Voraussetzungen sind vorliegend nicht erfļllt, da das SG die Feststellungsklage der KlĤgerin zu Recht als unzulĤssig abgewiesen hat. Auch ein Verfahrensmangel ist nicht ersichtlich.

Mit einer Feststellungsklage kann nach <u>§ 55 Abs. 1 SGG</u> begehrt werden

- 1. die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhĤltnisses,
- 2. die Feststellung, welcher VersicherungstrĤger der Sozialversicherung zustĤndig ist,
- 3. die Feststellung, ob eine GesundheitsstĶrung oder der Tod die Folge eines Arbeitsunfalls, einer Berufskrankheit oder einer SchĤdigung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes ist,
- 4. die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts, wenn der KlĤger ein berechtigtes Interesse an der baldigen Feststellung hat.

Bei dem in <u>§ 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG</u> genannten Rechtsverhältnis muss es sich in der Regel um ein Ķffentlich-rechtliches handeln. Darunter versteht man die Rechtsbeziehungen zwischen mehreren Personen oder zwischen Personen und Sachen, die sich aus der Anwendung einer Rechtsnorm auf das VerhĤltnis von mehreren Personen zueinander oder auf das VerhÄxltnis einer Person zu einer Sache ergeben. Eine Feststellungsklage ist nur zulÄxssig, wenn konkrete Rechte in Anspruch genommen oder bestritten werden, wenn also die Anwendung einer Norm auf einen konkreten, bereits übersehbaren Sachverhalt streitig ist (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG 13. Aufl. 2020, § 55 Rn. 5). Die KIĤrung abstrakter Rechtsfragen ohne Bezug zu einem konkreten Sachverhalt kann nicht mit der Feststellungsklage verfolgt werden. Kein feststellungsfĤhiges RechtsverhĤltnis ist somit die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Auskunft zu einer abstrakten Rechtsfrage (Scholz, in: BeckOGK 01.05.2023, SGG § 55 Rn. 34). Unabhängig von der Verdichtung und Konkretisierung eines Rechtsverhältnisses ist dieses auch nur dann feststellungsfÄxhig, wenn zwischen den Beteiligten ein Meinungsstreit besteht, aus dem heraus sich eine Seite berļhmt, ein bestimmtes Tun oder Unterlassen der anderen Seite fordern zu kA¶nnen (BSG 09.02.1995, 7 RAr 78/93, SozR 3-4427 § 5 Nr. 1, SozR 3-1500 § 55 Nr. 21, Rn. 26).

Die ZustĤndigkeitsklage in <u>§ 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG</u> wird schon durch Nr. 1 erfasst und hat lediglich klarstellende Funktion. Auch hier geht es stets um die Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines RechtsverhĤltnisses zwischen dem KlĤger und dem Beklagten (Keller, in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG 13. Aufl. 2020 § 55 Rn. 12; Scholz, in: BeckOGK 01.05.2023, <u>SGG § 55</u> Rn.

43).

Vorliegend fehlt es für die von der Klägerin in der ersten Instanz gestellten Feststellungsanträge bereits an einem feststellungsfähigen Rechtsverhältnis. Die Klägerin begehrt vorliegend verschiedene gerichtliche Feststellungen zu vermeintlichen Kenntnissen der Beklagten zu Arbeitsmaterialien wie Schwermetallen und anderen Stoffen sowie beruflichen Erkrankungen.

Hierbei handelt es sich nicht um feststellungsfähige Rechtsverhältnisse. Denn die von ihr begehrten Feststellungen beziehen sich lediglich auf AuskÃ⅓nfte zu abstrakten â∏ und im Ã∏brigen ohnehin völlig unklaren und unbestimmten â∏ Rechtsfragen, es fehlt mithin die erforderliche Beziehung zu einem konkreten Sachverhalt, der allein in der Lage wäre, ein feststellbares Rechtsverhältnis zu umgrenzen (BSG 13.11.1974, <u>6 RKa 35/73</u>, SozR 2200 §Â 368e Nr. 1, Rn. 11).

Mangels feststellungsf $\tilde{A}$ xhigen Rechtsverh $\tilde{A}$ xltnisses kommt es auf das Vorliegen der  $\tilde{A}$ 1/4brigen Voraussetzungen  $\hat{a}$ 1 vorher durchgef $\tilde{A}$ 1/4hrtes Verwaltungsverfahren, besonderes Feststellungsinteresse  $\hat{a}$ 1 nicht mehr an, so dass sich weitere Ausf $\tilde{A}$ 1/4hrungen hierzu er $\tilde{A}$ 1/4brigen.

Sofern dem Antrag auch ein Versorgungsbegehren der KlĤgerin auf Leistungen fýr allgemeine, zukünftige, derzeit noch unbestimmte Heilbehandlungen entnommen werden könnte, ist eine solche Klage â∏ ungeachtet der übrigen Prozessvoraussetzungen â∏ ebenfalls unzulässig. Einem Grundurteil (§Â 130 SGG) sind allgemeine Sachleistungsbegehren nach unbestimmter Heilbehandlung nicht zugänglich (ständige Rechtsprechung des BSG, vgl. u.a. 07.09.2004, 2 B U 35/03, SozR 4-2700 §Â 8 Nr. 6; BSG 30.01.2007, B 2 U 6/06 R, juris). Insoweit ist die Klägerin darauf zu verweisen, zunächst einen konkreten Sachleistungsanspruch z.B. auf eine konkrete Heilbehandlung bei der Beklagten geltend zu machen, in dessen Rahmen dann auch die Behandlungsbedürftigkeit, die Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit, die Wirtschaftlichkeit und die Wirksamkeit der konkret beantragten Leistung in den Grenzen des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung zu prþfen ist.

Im Hinblick auf den von der Kl $\tilde{A}$ ¤gerin gestellten Antrag, das Sozialgericht Heilbronn zur Amtshilfe zu verpflichten, wird auf die zutreffende Begr $\tilde{A}$ ½ndung des SG verwiesen, wonach eine solche nur zwischen Beh $\tilde{A}$ ¶rden oder Gerichten vorgesehen ist, und im  $\tilde{A}$ [brigen von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr $\tilde{A}$ ½nde gem $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$ [ $\tilde{A}$ § 153 Abs. 2 SGG abgesehen.

IV. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

V.  $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde  $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision liegen nicht vor ( $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs. 2 Nr. 1}}{\text{und 2 SGG}}$ ).

Â

Erstellt am: 15.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024